



## **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**

### **51. Sitzung (öffentlich)**

11. September 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein- Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000 Einzelplan 15	
– Bericht Minister Armin Laschet (MGFFI)	6
– Aussprache	6

- 2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008) 9**  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/6920  
Vorlage 14/2053
- Aussprache 9
- 3 Perspektiven für Ergänzungskräfte kurzfristig verbessern - Erzieherinnenausbildung öffnen 12**  
Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/6516  
Vorlage 14/2011
- Aussprache 12
- 4 Elterngeld den Eltern, nicht dem Finanzamt 15**  
Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/6690
- Aussprache 15
- 5 Das Schützenbrauchtum verdient unsere Anerkennung und Unterstützung 18**  
Antrag  
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/7337 (Neudruck)
- Der Ausschuss verständigt sich ohne Aussprache einvernehmlich darauf, die weitere Behandlung des Antrags zunächst zu schieben.
- 6 Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien sowie von Produkten aus fairem Handel im Beschaffungswesen der Landesregierung 19**  
Vorlage 14/1971

In Verbindung damit:**Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien sowie von Produkten aus fairem Handel im Beschaffungswesen des Landtags**

Vorlagen 14/1971 und 14/2051

	– Aussprache	19
<b>7</b>	<b>Tatsächliche Situation von Jugendlichen mit Duldungsstatus in betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen</b>	<b>22</b>
	– Bericht TB Volkmar Swoboda (MAGS)	22
	– Aussprache	22
<b>8</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>23</b>
	a) <b>Schriftliches Anhörungsverfahren</b>	
	b) <b>Antrag "Schützenbrauchtum"</b>	
	c) <b>Weiterfinanzierung von Stützlehrerinnen in Jugendwerkstätten</b>	
	d) <b>Jugendparlament 2008</b>	



**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7000

Einzelplan 15

**Ausschussvorsitzende Andrea Milz** resümiert, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei am 27. August 2008 eingebracht worden. Als Beratungsgrundlage stehe auch der Erläuterungsband zu Einzelplan 15 zur Verfügung. - Zunächst werde der zuständige Fachminister seinen einführenden Bericht erstatten.

Für die Landesregierung erstattet **Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration** den vorgesehenen Bericht, den er auf Wunsch der Abgeordneten Asch von der Grünen-Fraktion dem Ausschuss in der verschriftlichten Fassung zur Verfügung stellt (siehe auch Vorlage 14/2079).

**Andrea Asch (GRÜNE)** möchte wissen, inwieweit Nordrhein-Westfalen von den KiFöG-Mitteln des Bundes in Höhe von gut 100 Millionen € profitiere. Welcher Schlüssel werde bei der Verteilung dieser Mittel auf die Kommunen zu Grunde gelegt? - Wie würden die Projektmittel in Höhe von 4,5 Millionen € abgesichert? - Sie bitte um eine Übersicht, wie Integration in den einzelnen Ministerien finanziell gefördert werde.

**Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration**, weist zunächst auf die Seiten 54/55 des Einzelplans 15. Unter den Erläuterungen zum Titel 88 310 werde auf eine Verständigung zwischen Bund, Ländern und Kommunen über die zur Verfügung gestellten Summen abgehoben. 2008 habe Nordrhein-Westfalen 84 Millionen Euro erhalten; 2009 seien es 82 Millionen Euro für Investitionen (Umbauten in den Kindertagesstätten) gewesen. 90 % des Zuschusses kämen vom Bund und würden über das Land weitergeleitet. 10 % müssten die Träger selber aufbringen. Die in Rede stehende Summe werde bis zum Jahr 2013 abnehmen. Demgegenüber stiegen die Betriebskostenanteile. Die erwähnten Summen ließen sich im Übrigen von Jahr zu Jahr übertragen. Maßgeblich sei, wie schnell die Kommunen ihre Anträge stellten. Im Moment finde noch keine Kontingentierung statt, sondern alle bewilligungsfähigen Anträge würden auch bewilligt.

Auf eine entsprechende Nachfrage von **Andrea Asch (GRÜNE)** spezifiziert **Minister Armin Laschet (MGFFI)**: Das Land gewähre 20 Millionen € Betriebskostenzuschüsse. Im Jahr 2008 sei unter dieser Rubrik noch kein Geld zur Verfügung gestellt worden. Das Land erhalte - wie alle anderen Länder auch - seinen Anteil an der Umsatzsteuer des Bundes. Dieser Umsatzsteueranteil werde im Einzelplan 15 an der rele-

vanten Stelle als Ausgabe verbucht. Andere Länder erhielten zwar den gleichen Anteil an der Umsatzsteuer wie Nordrhein-Westfalen, gewährten aber geringere Zuschüsse für einen U-3-Platz, wie es etwa das Beispiel Baden-Württemberg mit 10 % belege. Nordrhein-Westfalen leiste einen Zuschuss von 32 % und - trägerabhängig - sogar noch mehr. Nordrhein-Westfalen unterstütze dabei jeden U-3-Platz wie einen normalen Kindergartenplatz. Wegen derzeit noch ausreichend zur Verfügung stehender Mittel werde noch nicht nach einem Schlüssel zugeteilt.

Demnach würden, schlussfolgert **Andrea Asch (GRÜNE)**, die Einnahmen, die eigentlich vollständig für die Kommunen bestimmt gewesen seien, als Einnahme des Landes "verbucht".

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** weist auf die Verabredung mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verteilung der Bundesmittel hin. Haushaltstechnisch handele es sich in der Tat um eine "Verbuchung".

**Marie-Theres Kastner (CDU)** geht davon aus, dass auf Basis der guten Vorlage der Landesregierung in der nächsten Sitzung eine ausführliche Bewertung der einzelnen Positionen stattfinden könne, und bittet sodann um ausführlichere Informationen zur Ehrenamts-Card. Erfreut sei sie über die Beibehaltung des Ansatzes für die Unterstützung der interkulturellen Zentren. Sie halte die Umschichtung der Mittel im Sinne der Familienpflege und Wohnungslosen für sinnvoll. Die dringende Unterstützung für die Familienzentren werde darüber geleistet. - Auch mit dem geringen Mittelansatz für den UN-Standort Bonn werde ein enormer Output erreicht.

**Minister Armin Laschet (MGFFI)** erinnert daran, dass sich alle am Thema "Ehrenamts-Card" interessierten Kommunen beteiligen könnten. In Rheine und Gronau beispielsweise werde das erste Projekt in wenigen Wochen starten.

**Angela Tillmann (SPD)** möchte wissen, wann im hiesigen Ausschuss über die Einbürgerungskampagne gesprochen werde. - Auf Seite 115 des Haushaltsplanentwurfes würden die Zuschüsse zur Infrastruktur auf kommunaler Ebene erwähnt. Welcher andere Grund als der der Haushaltskonsolidierung stehe hinter der dort zu findenden Kürzung in Höhe von 230.000 €? - Ursächlich sei zum einen, antwortet **Minister Armin Laschet (MGFFI)**, eine geringere Nachfrage, zum anderen, ergänzt **Regierungsangestellter Hans-Walter Schulten (MGFFI)**, solle das erfolgreiche KOMM-IN-Programm bis 2010 weitergeführt werden. Die Kommunen könnten jedes Jahr neue Anträge stellen. In der Tat habe sich wegen zurückgegangener Nachfrage die Möglichkeit einer Kürzung ergeben.

"KOMM-IN", so **Minister Armin Laschet (MGFFI)**, habe sich mit der Frage befasst, wie vor Ort Integrationsarbeit organisiert und angestoßen werden könne. Die Kommunen, die sich einmal auf den Weg gemacht hätten, würden weniger Mittel beantragen. Allerdings kämen neue Kommunen hinzu. - Die Einbürgerungskampagne könne der Integrationsbeauftragte in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorstellen.

